Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 29 (1989)

Artikel: Frieden : mehr als eine verführerische Leerformel
Autor: Bächler, Günther / Hug, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172713

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Günther Bächler, Peter Hug

Frieden – mehr als eine verführerische Leerformel

Friedensforschung ist nicht zuletzt wegen ihrem Anspruch, eine handlungsanleitende und wertorientierte Wissenschaft zu sein, seit über zwanzig Jahren in der Schweiz ein heiss umkämpftes Politikum. Die kontroverse Besetzung des Begriffs «Friedensforschung» durch Politiker und soziale Bewegungen verhinderte bisher in der Schweiz eine innerwissenschaftliche Klärung der Frage, wie Frieden als ein Gegenstand wissenschaftlicher Forschung zu behandeln ist.

Seit einigen Jahren ist allerdings von der Öffentlichkeit und neu auch von der Verwaltung ein verstärkter Bedarf nach wissenschaftlicher Politikberatung im Bereich Rüstungskontrolle, Sicherheits- und Friedenspolitik angemeldet worden. Die dabei sichtbar gewordenen Defizite können durch die bestehenden Institute für Sicherheitspolitik, Strategiefragen und Konfliktforschung ebenso wenig abgedeckt werden wie durch die neuen Instrumente der Ressortforschung, deren Ergebnisse meist vertraulich sind und eine Verbreiterung des wissenschaftlichen Diskurses nicht zulassen. Es braucht ergänzend die spezifische Expertise einer institutionell unabhängigen Friedensforschung, wie sie sich inzwischen international etabliert hat.

Depuis plus de vingt ans la recherche sur la paix est au centre des débats politiques en raison de sa volonté de se constituer en une science pratique et normative. La définition controversée de la recherche sur la paix, donnée tant par les politiciens que par les mouvements sociaux, a jusqu'à aujourd'hui empêché la prise en considération de la paix en tant qu'objet de recherche scientifique.

Cependant, depuis quelques années, le secteur public ainsi que l'administration ont multiplié les demandes de conseil politique dans les domaines du contrôle des armements et de la politique de paix et de sécurité. Les instituts scientifiques traitant des questions de stratégie et de la recherche sur les conflits ne peuvent combler les déficits apparants tout comme ne le peuvent les nouveaux instruments de la «Ressortforschung» dont les résultats sont en général confidentiels et ne permettent pas d'élargir la discussion scientifique. Une expertise spécifique complémentaire à une recherche sur la paix institutionellement indépendante – telle qu'elle existe déjà au niveau international – serait dès lors nécessaire.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Kapitel gehen wir auf Institutionalisierungsversuche von Friedensforschung in der Schweiz ein und beleuchten die Forschungspolitik im Bereich Landesverteidigung und Sicherheit. Im zweiten Kapitel wird beschrieben, wie Frieden im Kontext der neueren internationalen Diskussion als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung behandelt wird. Dabei wird insbesondere auf den Stand der wissenschaftlichen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland verwiesen. Im letzten Teil werden die Möglichkeiten einer politikberatenden Friedensforschung erörtert und einige Vorschläge im Hinblick auf zukünftige Erfordernisse im Schnittfeld von Friedensforschung und wissenschaftlicher Politikberatung vorgestellt.

I. Gibt es überhaupt Friedensforschung in der Schweiz?

1. Die Institutionen

Friedensforschung ist seit 1966 ein stetig wiederkehrendes Traktandum der eidgenössischen Räte. Der Nationalrat überwies 1967 das Postulat Arnold zur Schaffung eines «Institutes für Konfliktforschung, Friedenssicherung und Rüstungsbeschränkung», das 1970 auf Empfehlung des Wissenschaftsrates den Bundesrat veranlasste, Botschafter Roy Ganz mit der Ausarbeitung einer Projektstudie zu beauftragen. 1979 erklärte der Bundesrat allerdings, die finanzielle Lage des Bundes erlaube nicht, das Postulat Arnold in Taten umzusetzen.

1983 stimmte der Nationalrat erneut einmütig einem Postulat zu, das den Bundesrat einlud zu prüfen, «wie die Konflikt- und Friedensforschung gefördert und koordiniert werden kann; beispielsweise mit einem Auftrag an den Nationalfonds, ein diesbezügliches Forschungsprogramm vorzusehen, und/oder durch die Errichtung einer Informations- und Koordinationsstelle» (z. B. nach dem Vorbild der schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung in Aarau, die heute vom Bund mit jährlich Fr. 260 000.– unterstützt wird). Dieses Postulat ging auf die parlamentarische Initiative Ott zur Errichtung eines «Institutes für Konfliktforschung, Sicherheitspolitik und föderalistische Konfliktlösung» zurück. Aufgrund von Hearings stellte die nationalrätliche Kommission jedoch in erster Linie einen Koordinationsbedarf fest. Der Schlussbericht erwähnt namentlich acht Institute, die im Umfeld der Friedensforschung tätig sind:

1. Abteilung für Militärwissenschaften an der ETH Zürich.
2. Forschungsstelle für politische Wissenschaften an der Universität Zürich.
3. Interdisziplinäre Konfliktforschungsstelle am Soziologischen Institut der Universität Zürich.

4. Forschungsstelle für Politikwissenschaft der Hochschule St. Gallen.

5. Das Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) in Bern.

6. Das Institut für Sozialethik an der Theologischen Fakultät in Luzern.

7. Das Centre de recherches empiriques en relations internationales am Institut de Hautes Etudes Internationales (IUHEI) in Genf.

8. Das Genfer Internationale Friedensforschungsinstitut GIPRI.

Nicht angehört wurden die Institute für Entwicklungsforschung, obschon diese auch friedensrelevante Untersuchungen durchführen. Eines der acht erwähnten Institute ist zu 100 Prozent vom Bund finanziert, andere zu null Prozent. Kein Wunder, dass eine Koordination im Sinne einer Mitlenkung des Bundes bisher nicht zustande gekommen ist. Einige sind heute nicht mehr auf sicherheitspolitischem Gebiete tätig. Andere haben ihre Forschungstätigkeit ganz aufgegeben, so das GIPRI, das sich zu einer Stiftung gewandelt hat, die in erster Linie Lehrveranstaltungen für Nachdiplomstudenten an der Universtität Genf mitorganisiert. Das GIPRI, das nie Bundesgelder erhalten hatte, war das einzige Institut gewesen, das seine frühere Tätigkeit selbst als Friedensforschung bezeichnet hatte. Die anderen Institute verzichteten auf diese Selbstbezeichnung.

Die Friedensforschung war durch das lange Zögern des Bundesrates inzwischen in einen marginalen, ausserhalb der schweizerischen wissenschaftlichen Institutionen liegenden Bereich abgedrängt worden und blieb ausschliesslich von privaten Spendegeldern abhängig. Zu erwähnen sind das 1981 gegründete Forum für praxisbezogene Friedensforschung (FpF, Basel), das sich zuerst der Aktionsforschung verpflichtet fühlte[1], und der «Friedensfonds» der Frauen für den Frieden Schweiz und des Evangelischen Frauenbundes Schweiz, der kleinere private Forschungsprojekte unterstützt. Der Friedenfonds ist Bestandteil einer öffentlichen Kampagne zur Errichtung eines eidgenössischen Friedensforschungsinstitutes. 1985 bis 1988 wurden rund Fr. 230 000.– Spendegelder gesammelt, was dokumentiert, wie stark in der Öffentlichkeit das Defizit an Friedensforschung empfunden wird.

2. Politische Kontroverse nicht beigelegt

Die politische Kontroverse um die Institutionalisierung der Friedensforschung hat sich gleichzeitig wieder intensiviert. Im Nationalrat folgten neue parlamentarische Vorstösse zur Schaffung einer «zentralen Dienststelle für Abrüstung»

1 *Forschungskonzept,* hrsg. vom Forum für praxisbezogene Friedensforschung, Zürich 1982.

(Bundi, 1987) und ein «Institut zur nationalen und internationalen Forschung in den Bereichen Friedens- und Sicherheitspolitik sowie zur Konfliktforschung» (Jeanprêtre, 1988). Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt wurde 1984 die Errichtung einer «Lehr- und Forschungsstelle für Friedens- und Konfliktforschung» verlangt, Peter Ziegler schlug eine «Basler Forschungsstelle für schweizerische Friedenspolitik» vor. 1986 beschloss der Zürcher Gemeinderat über eine Initiative Schumacher zur Unterstützung der Friedens- und Konfliktforschung in der Schweiz, der Regierungsrat des Kantons Bern beantragte 1987 die Überweisung einer Motion Vollmer als Postulat zur Errichtung eines Lehrstuhls für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Bern. Alle diese Vorstösse hatten bisher keinen Erfolg.

Auch der Schweizerische Wissenschaftsrat, der sich erstmals im Juni 1969 in einem Bericht für die Errichtung eines «Institutes für Konfliktforschung und Friedenssicherung» eingesetzt hatte[2], stellte 1985 erneut Defizite im Bereich der Friedensforschung fest. Er begründete dies mit dem politiknahen Argument: «Aufgrund ihres Selbstverständnisses bezüglich ihrer Rolle in der internationalen Politik und aufgrund der Erwartungen, die an einen neutralen Kleinstaat gestellt werden, ist die Schweiz ferner für Friedens- und Konfliktforschung ganz besonders prädestiniert»[3].

Es bleibt aber in der politischen Arena kontrovers, ob die genannten, der Friedensforschung benachbarten Institute und Fördereinrichtungen abdecken, was der Wissenschaftsrat oder der Nationalrat mehrfach in einmütig verabschiedeten Postulaten zur Förderung und Koordination der Friedensforschung in der Schweiz gefordert hat.

Die politische Kontroverse bedarf der Klärung durch die beteiligten Wissenschaften. Seit Anfang der siebziger Jahre ist in der Schweiz innerwissenschaftlich nie mehr ernsthaft versucht worden, die Friedensforschung in Beziehung zu ihren Nachbardisziplinen zu setzen und danach zu fragen, welche spezifische Expertise sie in die wissenschaftliche Politikberatung einbringen kann.

3. F+E im Bereich Landesverteidigung und Sicherheit

a. «Landesverteidigung und Sicherheit» keine Aufgabe für die Sozialwissenschaften?

Nach vorläufigen Angaben des Bundesamtes für Statistik (1989) gab der Bund 1988 für Forschung und Entwicklung (F+E) im Bereich Landesverteidigung und

2 «Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Postulat Arnold betreffend Schaffung eines Institutes für Konfliktforschung und Friedenssicherung», *Wissenschaftspolitik H. 2, 1970*, S. 77–80.

3 *Forschungspolitische Zielvorstellungen 1988–1991*, Vorschläge des Wissenschaftsrats an den Bundesrat, Bern 1985, S. 53.

Sicherheit 212 Mio Franken aus[4], was ziemlich genau einen Fünftel aller F+E-Ausgaben des Bundes ausmachte. 157 Mio entfielen dabei auf das EMD, 20 Mio auf die PTT, 9 Mio auf die EMPA und 8 Mio auf das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung. 1986 hatten die entsprechenden Zahlen noch 195 Mio Franken (152 Mio EMD) bzw. 21 Prozent der Bundesausgaben für F+E betragen.

Nach einer etwas anderen Berechnungsweise des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft absorbierte das EMD mit 41,6 Prozent den Hauptteil der Ressortforschung im engeren Sinn. Das EMD verwendete dabei 15 Mio für Forschung und 137 Mio für Entwicklung[5]. Selbstredend gibt es auch in detallierteren Statistiken keine Sachkategorie «Friedensforschung».

Die überwiegend technisch-naturwissenschaftliche Verwendung dieser F+E-Ausgaben des Bundes erweckt den Eindruck, als ob forschungsmässig Frieden nach wie vor praktisch ausschliesslich durch militärische, insbesondere rüstungstechnische Einsatzbereitschaft gesichert werden soll. Dies gilt auch für zivile Bundesämter aus dem Bereich der Gesamtverteidigung; so setzt das Bundesamt für Zivilschutz seine mit über 1 Mio jährlich dotierten Forschungs- und Studienaufträge mehrheitlich für technische Problemlösungen ein.

b. Operations Research als wissenschaftliche Politikberatung?

Wissenschaftliche Politikberatung im Bereich der Gesamtverteidigung konzentriert sich seit den 60er Jahren auf Operations Research. Operationelle Forschung bedient sich systematischer (meist EDV-gestützter) Methoden, besonders in mathematisch-technischer Richtung, um Modelle für Entscheidungen zu konstruieren, die ein Risiko erfordern. Adressat der stark instrumentell orientierten Entscheidungshilfen sind «verantwortliche Politiker, die oberste Geschäftsleitung eines Betriebes und in besonders hohem Masse der militärische Führer», wie H. P. Künzi 1967 in einer Aufsatzsammlung über «Operationelle Forschung in der schweizerischen Armee» schrieb[6]. Operationelle Forschung wurde während des 2. Weltkrieges in den angelsächsischen Ländern als Hilfswissenschaft der Militärs entwickelt und sickerte dann allmählich in den zivilen Bereich (v. a. Unternehmensberatung) hinüber. 1963 führte die EMD-Sektion für Studien und Finanzplanung der Untergruppe Planung die operationelle Forschung in die Schweizer Armee ein, wo damals logistische Probleme (Kriegsmateriallagerung, Transportmodelle) untersucht, Angriffsmöglichkeiten und -wirkungen simuliert und Rüstungsbeschaffungszyklen durchgerechnet wurden. Es bahnte sich auf diesem Gebiet eine enge Zusammenarbeit mit den Instituten für angewandte Mathematik an der ETH Zürich und der Universität Bern an.

4 Bundesamt für Statistik, *F+E Bund 1986,* Bern 31.1.1889. Summe aus Tabelle 8.2. Vgl. auch *Amtl. Statistik der Schweiz Nr. 209.*

5 Joseph Baumann, *Einige Zahlen und Kommentare zur Ressortforschung des Bundes,* vgl. den Beitrag in diesem Band.

6 Hans Paul Künzi, «Über die operationelle Forschung», *Operationelle Forschung in der schweizerischen Armee,* Zürich 1967, S. 7 (Sonderdrucke Industrielle Organisation 458).

Noch heute geht ein wesentlicher Teil der Forschungs- und Studienaufträge des Stabes der Gruppe für Generalstabsdienste (1989: Fr. 840 000.–) in die militärische Operations Research und Informatik im Führungsbereich. In dieser Zahl nicht miteingeschlossen ist der bedeutende Abruf wissenschaftlicher Kompetenz in Form von WK-Leistungen (militärische Wiederholungskurse), z. B. aus den Informatik-Instituten der beiden ETH Zürich und Lausanne, dem Institut für Informatik und angewandte Mathematik an der Universität Bern, aber auch der Privatwirtschaft. Dies mag zwar für den betroffenen Wissenschaftler eine bequeme Form der Militärdienstleistungen darstellen, ist jedoch nicht unproblematisch. Die unentgeltliche Beschaffung wissenschaftlicher Politikberatung steht in dieser Form ausschliesslich dem EMD zur Verfügung, steht ausserhalb der Budgetbeschlüsse des Parlamentes und dem von ihm verhängten Bundespersonalstopp, untersteht meist militärischer Geheimhaltung bzw. bleibt vertraulich und hat einen nicht messbaren mentalen Effekt auf die Wissenschaftler, die lernen, unter militärischen Bedingungen Wissenschaft zu betreiben.

Auch die Aufwendungen der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (1989: Fr. 190 000.–) werden durch WK-Leistungen ergänzt und fliessen ebenfalls zu einem wesentlichen Teil in die Behandlung von Operationalisierungsfragen, Multikriterienanalysen, Kybernetik, Szenariotechnik usw. Es ist hier nicht möglich, den Wert dieser Studien und der Operations Research für die wissenschaftliche Beratung der Sicherheitspolitik abzuschätzen.

Es muss ein markantes Ungleichgewicht zuungunsten sozialwissenschaftlicher Studien festgestellt werden, die mit den bewährten Methoden der Politologie, Geschichtswissenschaft, Soziologie, Psychologie usw. gesellschaftliche Bedingungen von Frieden und Gewalt untersuchen und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

c. «Weiterleben» als Fallbeispiel

Von dieser Einseitigkeit war beispielsweise auch der Auftrag geprägt, der auf Veranlassung des Vorstehers des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) im Mai 1983 über den Vorsteher des EMD an die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) ging und eine umfassende Untersuchung der Problematik «Weiterleben» nach ABC-Kriegsereignissen betraf. Der Stab für Gesamtverteidigung entschloss sich im Januar 1984, die durch die ZGV gebildete Studiengruppe nur mit einer Abklärung der technisch-naturwissenschaftlichen Aspekte zu beauftragen. Die Studiengruppe musste dann im Dezember 1986 feststellen, daß eine Erweiterung der Fragestellung unabdingbar ist und auch die human- und sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkte untersucht werden müssen. Auch ökonomische, politische, soziale, psychologische und andere Aspekte sollten Berücksichtigung finden. Die schliesslich von Willy Bierter verfasste Untersuchung aus human- und sozialwissenschaftlicher Sicht[7] enthielt dann auch prompt die innova-

7 Willi Bierter, *Human- und sozialwissenschaftliche Aspekte der Erholungsfähigkeit der Schweiz im*

tivsten Ergebnisse der Studie «Weiterleben» und trägt international gesehen die neusten Erkenntnisse zur bisherigen Kriegsfolgeforschung bei.

4. Defizite auch beim Bund spürbar

Ein Grund für die starke Betonung der politisch unverfänglicheren operationellen sowie technisch-naturwissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik mag u. a. dadurch bedingt sein, dass die Forderung nach einem eidg. Friedensforschungsinstitut stark politisiert worden ist. Mancher Wissenschaftler dürfte sich gesagt haben, dass er sich auf diesem Gebiet nur die Finger verbrennen konnte und versuchte, wenn schon, sich durch politikferne und scheinbar wertneutrale Methoden vor möglichem Einspruch gegen seine sicherheitspolitische Forschung zu schützen. Die Friedensforschung war ja nicht zuletzt wegen ihrem Anspruch kritisiert worden, eine handlungsanleitende und werteorientierte Wissenschaft zu sein.

Die Relevanz-Frage der Sicherheitsforschung stellte sich auch beim Nationalen Forschungsprogramm NFP 11 «Sicherheitspolitik», das der Bundesrat 1978 ausserhalb der üblichen Programm-Serien in Auftrag gegeben hatte. Die bei den NFP erwartete Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis bzw. zwischen Wissenschaft und Verwaltung gestaltete sich schwierig. Immerhin löste der 1986 von Jacques Freymond vorgelegte Schlussbericht «La paix dangereuse» einige Diskussionen aus, die noch heute im Gange sind. Freymond forderte darin eine Ausweitung von Sicherheitspolitik auf Bedrohungen wie Ökologie, Zweidrittelgesellschaft usw.[8]. Die Sicherheitspolitik, wie sie die Gesamtverteidigungskonzeption von 1973 beschreibt, beschränkt sich demgegenüber auf die Begegnung von Bedrohungen, «die durch feindliche Absichten und direkten oder indirekten Einsatz von Gewalt entstehen»[9]. Freymond forderte zudem die Einsetzung eines «Nationalen Sicherheitsrates». Exponenten der Gesamtverteidigung befürchten von dieser Ausweitung des Sicherheitsbegriffs eine Militarisierung der Gesellschaft[10]. Es wird auch kritisiert, die Einsetzung eines «Nationalen Sicherheitsrates» führe unweigerlich zu Kompetenzschwierigkeiten mit dem Bundesrat.

Für Alt-Botschafter E. Diez ist es unbestritten, dass auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik «das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Verwaltung als, wenn auch nicht gerade gespannt, so doch zum mindesten als verkrampft bezeichnet werden muss. Die Verwaltung wirft der Wissenschaft vor, sie und vor

Falle atomarer Kriegsereignisse, Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 10, 1988.

8 Jacques Freymond, *La paix dangereuse,* Neuchâtel 1986. Vgl. auch: Elmar Ledergerber und Silvio Mauch, *Globale Zukunftsprobleme und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz,* Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 2, 1984.

9 Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz *(Konzeption der Gesamtverteidigung)* vom 27. Juni 1973, Zimmer 13, S. 4.

10 *«Konturen eines künftigen Sicherheitsbegriffs»,* NZZ 6. 8. 1988.

allem die Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik liessen sich kaum in die Praxis umsetzen, und die meisten Forschungsprogramme befassten sich ohnehin nicht mit den zentralen Themen der Sicherheitspolitik, sondern weitgehend mit marginalen Fragen, die für die Behörden meist von nur geringem Interesse seien. Demgegenüber empfindet die Wissenschaft die Haltung der Verwaltung und ihrer Vertreter als abweisend und uninteressiert; sie habe oft Mühe, sich ausserhalb ihrer ausgefahrenen Gleise zu bewegen und sie sei im allgemeinen innovationsfeindlich; in der Regel sei die Verwaltung auch nicht bereit, sich in die Karten blicken zu lassen, indem sie sich allzu leicht hinter Amtsgeheimnis und Sperrfristen für die Archive verschanze. (...) Die Verwaltung ihrerseits antwortete darauf, daß die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft vor allem auch dadurch erschwert werde, dass es schwierig, wenn nicht unmöglich sei, mehrere Forscher oder gar Forschungszentren für gemeinsame Forschungsprogramme zusammenzubringen; die Wissenschaft dürfe sich nicht beklagen, wenn wegen der zwischen den einzelnen Forschern oder Instituten bestehenden Rivalitäten die Verwaltung sich resigniert auf sich selbst zurückziehe»[11].

Lange Zeit scheint allerdings die Verwaltung gut mit dem Mangel an (sozial-) wissenschaftlicher Politikberatung auf dem Gebiet der Friedens- und Sicherheitspolitik gelebt haben zu können.

Die Defizite an handlungsanleitender Forschung machten sich erst Mitte der achtziger Jahre wirklich bemerkbar, als von aussen her ein neuer Problemdruck entstand. Die ungenügende wissenschaftliche Politikberatung in diesem Bereich ist vom Bundesrat ab 1984 neu anerkannt worden, als die Schweiz im Rahmen der Konferenz für vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa KVAE in Stockholm zum ersten Mal seit der Völkerbundzeit wieder gleichberechtigt an multilateralen Rüstungskontrollgesprächen teilnahm, die Gruppe der neutralen und nichtblockgebundenen (N+N)-Staaten im KSZE-Prozess eine aktive Rolle zu übernehmen begann, jedoch die UNO-Abstimmung 1986 negativ verlaufen war. Das EMD stellte dem Departement des Innern (EDI) eine Stelle zur Verfügung, damit trotz Bundespersonalstopp in diesem Bereich an der ETH ein neuer Lehrstuhl geschaffen werden konnte. Erster Inhaber wurde 1986 der Historiker Prof. Kurt Spillmann, der gleichzeitig die Leitung der neu geschaffenen Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse übernahm. Im selben Jahr beschloss der Bundesrat, für die Periode 1987–1989 jährlich Fr. 350 000.– für ein Massnahmenpaket «Ressortforschung und verwandte Massnahmen» auf den Gebieten der Sicherheitspolitik sowie der Guten Dienste und der internationalen Friedenssicherung, das verlängert werden wird. EMD und EDA schufen ein gemeinsames Forschungsprogramm, das sich an den konkreten, oft kurzfristig auftretenden Bedürfnissen des Bundes orientiert. Zur Nachwuchsförderung baute das EMD in Genf ein spezielles zweijähriges Ausbildungsprogramm auf, das zur Stärkung der Rüstungskontroll-Verhandlungsdelegation die Zahl der sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Ex-

11 Emanuel Diez, «Sicherheitspolitik als Forschungsauftrag aus der Sicht des Aussenpolitikers», *Sicherheitspolitik als Forschungsaufgabe,* SAMS-Informationen Nr. 1, 1986, S. 48f.

perten erhöhen soll. Regelmässige Tagungen mit Wissenschaftlern sollen zudem den Dialog zwischen Verwaltung und Wissenschaft weiter fördern und vertiefen.

Allerdings sind dadurch die von Diez aufgeworfenen Probleme bisher nicht aus dem Weg geräumt worden. Ja es scheint, dass sich die Rivalitäten und Spannungen eher noch vergrössert hätten. Die am Paket «Ressortforschung und verwandte Massnahmen» beteiligten Wissenschaftler beklagen sich zudem, dass durch die enge Anbindung an die Verwaltung kaum Impulse an die wissenschaftliche Diskussion und eine breitere Öffentlichkeit ausgehen könne. Die Formulierung der Forschungsprojekte liegt ausschliesslich in den Händen der interdepartementalen «Arbeitsgruppe Gute Dienste und internationale Friedenssicherung» AGDIF des EMD und EDA. Die geförderten Studien werden sehr kurzfristig abgerufen und bleiben mehrheitlich unter Verschluss. Ein wissenschaftlich innovatives Potential kann so schwerlich entstehen.

Die im August 1988 gegründete «Schweizerische Friedensstiftung» hat sich deshalb in erster Linie die Förderung der Kommunikation zum Ziele gesetzt. In ihrem Stiftungsrat sind Personen aus der Wissenschaft, Politik, den Kirchen und der Friedensbewegung vertreten. Die Finanzierung stützt sich auf Beiträge der öffentlichen Hand, privaten Institutionen und Spenden. Sie will ihre Unabhängigkeit dazu verwenden, Brücken zu schlagen zwischen Bund, Politik und einer breiten Öffentlichkeit und zu diesem Zweck eine eigene Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Friedensforschung aufbauen. Es ist noch zu früh, um über Erfahrungen zu berichten.

II. Frieden als Gegenstand von Forschung und Wissenschaft

1. Gegenstandsbeschreibung und Methode

Hat sich die wissenschaftsgeschichtlich noch junge Friedensforschung als eine Fragerichtung behaupten können, die ihren Gegenstand definiert und eine überprüfbare Methode entwickelt hat? Erst wenn diese Frage positiv beantwortet ist, lohnt es sich, über die politikberatende Funktion dieser Fragerichtung überhaupt nachzudenken.

Die weltweite Institutionalisierung von Friedensforschung lässt an sich auf einen lebhaften innerwissenschaftlichen Diskurs schliessen: Die Internationale Vereinigung für Friedensforschung (International Peace Research Association, IPRA) wurde 1964 gegründet, das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) 1966, im Jahre 1988 feierte die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in der Bundesrepublik Deutschland ihren zwanzigsten Geburtstag. Seit 1965 listet die UNESCO regelmässig in langen Berichten die zahlreichen Friedensforschungsinstitute auf der ganzen Welt auf. Johan Galtung bemerkte dazu: «Wie bei jeder Wissenschaft bzw. Forschungsgemeinschaft darf man sicherlich Zweifel und Kritik üben über die Qua-

lität der Arbeit. Aber es gibt keinen Zweifel darüber, dass diese Gemeinschaft besteht und sogar von ansehnlicher Grösse ist»[12].

Frieden zu definieren, ist nicht nur ein semantisches, sondern ein wissenschaftstheoretisches Problem. Die nominale Begriffsbildung stösst an ihre eigenen Grenzen. Eine umfassende, alle relevanten Aspekte des Friedens berücksichtigende Definition würde, falls sie überhaupt zustande käme, unspezifisch und nichtssagend breit und kaum der Forschungsanleitung dienen. Ein präzis eingegrenzter Begriff birgt auf der anderen Seite die Gefahr, bestimmte Bedeutungsinhalte festzulegen und andere auszugrenzen. Bei vieldimensionalen und prozessualen Phänomenen wie «Frieden» führen vordergründige Eindeutigkeiten zu Ambivalenzen, so dass die Friedensforschung eher definieren kann, was nicht sein soll (Krieg, Gewalt), als was sein soll (Frieden). Sie teilt dieses Problem durchaus mit anderen Wissenschaften:

- Die ebenfalls wertorientierten Wissenschaften Jura und Medizin haben auch grössere Schwierigkeiten bei der Definition ihrer positiven Zielkategorien Recht und Gesundheit als bei der Beschreibung und Analyse von Unrecht und Krankheit.

- Kaum eine neuzeitliche Wissenschaft kann ihren Gegenstandsbereich eindeutig bestimmen[13]. Das Problem der prozessorientierten Begriffsbildung ist unter den Bedingungen der Interdisziplinarität für die Sozialwissenschaften insgesamt eine Herausforderung.

Friedensforschung legt den Akzent auf die Methode und nicht auf die präzise Beschreibung und Eingabelung des Gegenstandes[14]. Im Friedensbegriff werden Phänomene erfasst, mit denen sich andere Wissenschaften ebenfalls beschäftigen, die aber von der Friedensforschung in ihrer Systembezogenheit zum Frieden untersucht werden. Dabei werden die Begründungszusammenhänge strukturiert und die Sachverhalte bestimmt, die als friedensrelevant angesehen werden oder als irrelevant beiseite gelassen werden können. Dieser Vorgang, der zu einer faktischen oder antizipierten Konstituierung von Wirklichkeit führt, kann nur das Ergebnis einer inner- und interdisziplinären Auseinandersetzung sein[15]. Friedensforschung ist keine Universalwissenschaft, die gleichsam «über den Disziplinen» schwebt. Divergierende Konzepte und Ansätze werden nicht in einer konsistenten Theorie verbunden, sondern die Erfahrungen der Differenz zwischen unterschiedlichen, aber auf das erkenntnisleitende Ziel «Frieden» ausgerichteten Konzeptionen gilt es diskursiv und fächerübergreifend aufzuklären.

12 Johan Galtung, «Warum ist der Weg zur Friedensforschung in der Schweiz so beschwerlich?», *friedenszeitung Nr. 45, Mai 1985.*

13 Georg Picht, «Philosophie und Völkerrecht», in: ders., *Hier und Jetzt.* Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima, 2 Bde, Stuttgart 1981, Bd 1, S. 57–115, hier: S. 107.

14 Valentin Zsifkovits, *Friede als Wert,* München 1973, S 187.

15 Johannes Schwerdtfeger, «Frieden – Annäherung an Begriffsbildung und Theoriestatus», in: Bernhard Moltmann (Hg.), *Perspektiven der Friedensforschung,* Baden-Baden 1988, S. 41–57, hier: S. 50.

Die Leistung besteht (ähnlich wie z. B. in der Ökologie) darin, Aufmerksamkeit für Zusammenhänge geweckt zu haben, die bis dato nicht er- oder nicht anerkannt worden sind[16].

Auf zwei Gebieten hat die Friedensforschung sowohl methodisch wie inhaltlich-analythisch ihren originären Zugriff unter Beweis gestellt:

a) Ein Potential für Friedenswissenschaft und -praxis liegt in der Kritik der Abschreckung. Die Institutionen und Strategien der «organisierten Friedlosigkeit» wurden als Formen gesellschaftlich organisierter Gewalt kritisiert, wobei sowohl theoretische Erkenntnisse als auch empirische Detailstudien einen wichtigen Stellenwert haben. Die Kritik implizierte in einem weiteren Schritt Arbeiten über Friedensordnungsvorstellungen[17].

b) Als Gegensatz von Frieden galt nicht mehr allein der Krieg, sondern umfassender: die Gewalt und die Not in ihren physischen, moralischen und psychischen Ausprägungen. Nicht-Krieg galt als «negativer» Frieden, während «positiver» Frieden von Johan Galtung als «Abwesenheit von Gewalt» definiert wurde[18]. Friedensforschung wurde zur «Entscheidungshilfe gegen Gewalt»[19]. Der Gewaltbegriff rückte damit ins Zentrum der friedenswissenschaftlichen Diskussion. Galtung unterschied dabei zwischen direkter (personaler) und struktureller (in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründeter) Gewalt. Die Entwicklungsländerforschung fügte Mitte der siebziger Jahre den Begriff der symbolischen Gewalt hinzu. Roy Preiswerk stellte 1972 fest, dass mit jeder (materiellen) Entwicklungshilfe auch eine (kulturelle) Werteübertragung stattfindet, die zu «kulturellen Schocks» (Stavenhagen) führen kann[20].

Galtung, der in neueren Arbeiten stärkeres Gewicht auf den Bedürfnisbegriff legt, unterscheidet inzwischen auch deutlicher zwischen materiellen und immateriellen Bedürfnissen. Gewalt liegt dann vor, wenn deren potentiell mögliche Befriedigung verhindert wird. Direkte Gewalt wirke vor allem auf das immaterielle Bedürfnis nach Freiheit ein in der Form der Repression (KZ, Gulag); strukturelle Gewalt wirke dann, wenn sich die Menschen einem no-future gegenüber sähen, kein Sinnangebot mehr vorhanden ist und somit jegliche kulturell verstandene Identität verunmöglicht und eine Form von spirituellem Tod provoziert werde. Freiheit und Identität dürften nicht gegen die eher materiellen Bedürfnisse (Überleben, Wohlfahrt i. S. von Gerechtigkeit) ausgespielt werden[21].

16 Kurt Tudyka, «Nicht über den, sondern über die Disziplinen», in: *Perspektiven der Friedensforschung*, a.a.O., S. 137–151, hier: S. 137.

17 Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden*. Studien zur organisierten Friedlosigkeit, Frankfurt 1969.

18 Johan Galtung, «Gewalt, Frieden und Friedensforschung», in: Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt 1971, S. 55–105.

19 Manfred Funke (Hg.), *Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt*, Bonn 1975 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 103.

20 Roy Preiswerk, *Entwicklungshilfe als Kulturbegegnung*, Freiburg i. Ü. 1972, S. 22.

21 Johan Galtung, «Twenty-five Years of Peace Research: Ten Challenges and Some Responses», *Journal of Peace Research, Vol 22, No 2, 1985*, S. 146.

Galtung kritisierte im selben Aufsatz den Anthropozentrismus der bisherigen Friedensforschung und wies auf die Notwendigkeit hin, auch die Gewalt gegen die Natur und die ökologischen Bedingungen von Frieden zu beachten. Aufgrund der grenzübergreifenden, ja globalen ökologischen Gefahren ergäben sich erhöhte Konfliktneigungen von Gesellschaften, die einer dringenden Untersuchung bedürften.

In *prozessorientierten Ansätzen* wird neuerdings bezweifelt, ob die Trennung in negativen und positiven Frieden noch heuristischen Wert hat. Es wird eher ein Kontinuum zwischen den beiden Ebenen gesehen, die im klassischen Friedensbegriff immer vereint waren. Damit soll die Scheidung in einen eschatologischen, inhaltlich gefüllten und letztgültigen Friedensbegriff einerseits[22] und einen bedeutungsarmen, positivistisch verkürzten Ansatz «Frieden durch Verfahren»[23] andererseits produktiv überwunden werden. Im Kontext der Betrachtung von Destruktivkräften als Kehrseite des Zivilisationsprozesses zeigt es sich, dass bereits eine Reihe von Elementen des positiven Friedens (peacefull change) in den negativen Frieden (peace keeping) einfliessen muss, damit letzterer dauerhaft und mit Gewissheit garantiert werden kann[24].

Die Demokratieforschung, die mit ähnlichen Problemen der Methode und Begriffsbildung konfrontiert war, hat das Problem durch eine Integration von empirischem und normativem Demokratiebegriff zu lösen versucht[25]. In der Friedensforschung führt eine analoge Integration divergierender Ansätze zu einem zweidimensionalen Friedensbegriff, der eine normative und eine verfahrensmässige Komponente umfasst:

a) Frieden ist nicht mehr ein zeitlich in weiter Ferne erreichbares Ziel, sondern eine ausserzeitliche, und damit allgegenwärtige Wertorientierung;

b) Frieden ist eine prozedurale und damit zeitliche Kategorie zur Beschreibung gewaltvermindernder inner- und zwischengesellschaftlicher Beziehungen.

Ein breiter, sich am Zivilisationsprozess orientierender Friedensbegriff wird von Senghaas vorgeschlagen: Frieden sei «ein politischer Modus vivendi, der sowohl durch die Abwesenheit direkter Gewalt als auch durch die Existenz politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Eine derartig breite Definition ist in modernen wie in sich modernisierenden Gesellschaften wesentlich, weil sich nach aller historischen und gegenwärtigen Erfahrung direkte Gewalt ohne anhaltende Anstrengungen bei der Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit nicht verhindern lässt»[26].

22 Vgl. die Übersicht und Kritik bei: Daniel Frei, «Was ist unter Frieden und Sicherheit zu verstehen?», in: Wolfgang Heisenberg, Dieter S. Lutz (Hg.), *Sicherheitspolitik kontrovers*, Bonn 1987, S. 43–54.

23 Michael Zürn, *Gerechte internationale Regime*, Frankfurt 1987 (Internationale Beziehungen IB Bd 5). – Manfred Efinger, Volker Rittberger, Michael Zürn, *Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen*, Frankfurt 1988 (IB Bd 6). – Dieter Ruloff, *Weltstaat oder Staatenwelt*. Über die Chancen globaler Zusammenarbeit, München 1988.

24 Zu diesem Gedanken: Günther Bächler, *Zum Verhältnis von Sicherheit und Frieden: eine Begriffsbestimmung*, unver. Manuskript, Hamburg 1987.

25 Anton Pelinka, *Dynamische Demokratie*, Stuttgart 1974.

26 Dieter Senghaas, *Konfliktformationen im internationalen System*, Frankfurt 1988, S. 12f.

Für Preiswerk bedeutete Friede im weiteren Sinne ähnlich «die Sicherheit des Menschen, die Entwicklung des Menschen und die Gewährleistung einer Anzahl von Grundrechten für alle Menschen». Entsprechend sah Preiswerk Friedenspolitik dreidimensional als aufeinander bezogene Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Menschenrechtspolitik[27].

Eine stärker am internationalen System orientierte Friedensdefinition stammt von E.-O. Czempiel: «Friede bedeutet, dass in einem internationalen System die auf den drei politisch relevanten Sachbereichen der Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft verlaufenden Interaktionen zwischen den politischen Systemen, zwischen den gesellschaftlichen Umfeldern, zwischen beiden, sowie die auf diese Interaktionen gerichteten innergesellschaftlichen Anforderungs- und Umwandlungsbeziehungen Muster von Wertverteilungsprozessen erzeugen, über Zeit beibehalten und verstärken, die gekennzeichnet sind durch abnehmende Gewalt und zunehmende Gerechtigkeit»[28].

Senghaas, Preiswerk und Czempiel kommen jedoch zu keiner Lösung des Problems, wie ein Konsens über die Definition von «sozialer Gerechtigkeit» gefunden werden kann[29].

2. 20 Jahre Erfahrungen mit der Friedensforschung in der BRD (Exkurs)

In der Bundesrepublik Deutschland werden seit über zwei Jahrzehnten Erfahrungen mit der Friedensforschung und ihrem Verhältnis zu Politik und Gesellschaft gesammelt. Trotz anfänglicher Polarisierung der politischen Lager über das Für und Wider ist es zu einer Institutionalisierung der Friedensforschung gekommen, die die kritische Masse an Forschung aufbrachte, um überleben zu können, einen Verstetigungsprozess zu erreichen und auf den Stand der internationalen Diskussion zu gelangen.

Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konflikforschung (AFK) wurde eine selbstkritische Bilanz gezogen[30]. Erfolge, Defizite und Schwierigkeiten der Friedensforschung wurden erörtert, die mit der Tätigkeit der Forschenden selbst, aber auch mit dem politischen und sozialen Umfeld dieser Wissenschaftsrichtung zu tun haben. Einige Stichworte, die für die schweizerische Diskussion interessant sind, sollen an dieser Stelle genügen.

27 Roy Preiswerk, «Ziele und Mittel schweizerischer Friedenspolitik», in: *Formen Schweizerischer Friedenspolitik,* Bern 1982, S. 7–66 (Publikationsreihe der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax, Bd 6).

28 Ernst-Otto Czempiel, *Friedensstrategien,* Paderborn u. a. 1986, S. 58.

29 Was kann global unter sozialer Gerechtigkeit verstanden werden? In diesem Konsensproblem liegt eine besonders schwer zu überwindende Schwäche des Begriffs der strukturellen Gewalt. Vgl. Michael Roth, *Strukturelle Gewalt und personale Gewalt.* Probleme der Operationalisierung des Gewaltbegriffs von Johan Galtung, HSFK-Forschungsbericht 1, Frankfurt 1988.

30 Vgl. den Diskussionsband *Perspektiven der Friedensforschung,* a.a.O., und das gleichlautende AFK-Kolloquium vom 17.–19. Februar 1989 in Gummersbach.

Kritisiert wurde, dass die Friedensforschung Teil von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und von Parteiungen geworden sei und sich zum Selbstschutz auf die traditionellen Disziplinen zurückgezogen habe. Das habe einerseits dazu geführt, dass fachliche Kontroversen, etwa über das Verhältnis von «kritischer» und «realistischer» Friedensforschung oder über die Dominanz von angelsächsisch geprägten strukturbezogenen Ansätzen gegenüber hermeneutischen Methoden versiegt seien. Andererseits sei damit ein Trend zu Detailanalysen verbunden gewesen, der von der Irrmeinung getragen sei, dass empirische Studien per se die Chance der Anwendung in der Praxis steigern würden. Durch die damit verbundene Theorieskepsis habe die Friedensforschung letztlich selbst zu ihrer «Disziplinierung» im doppelten Wortsinn beigetragen.

Daraus entstand ein Mangel an friedenspolitischen Konzepten, die vom «peace keeping» zum «peace building»[31] vorstossen. Defizite ergeben sich auch aus der Fixierung auf den Ost-West- und West-Süd-Konflikt. Konflikte zwischen sozialistischen Staaten sowie zwischen der sozialistischen und der «Dritten» Welt sind kaum thematisiert worden. So haben sich von 277 Beiträgen, die im Verlauf von zehn Jahren im «Journal of Peace Research» erschienen sind, lediglich 29 Beiträge mit den sozialistischen Ländern, davon wiederum nur sechs mit der Sowjetunion befasst[32]. Die Friedensforschung überliess forschungspolitisch Osteuropa fast ausschliesslich der professionellen, aber eher konfrontationsorientierten Ostforschung. Heute steht beiden Wissenschaftszweigen eine Neuorientierung an.

Die Bilanzierung führte zu einer Reihe von forschungspolitischen Postulaten:

- Neben «Hiroshima» und «Auschwitz» müsse auch der «Archipel Gulag» als Herausforderung für die Friedensforschung begriffen werden: «Erst dann wird die Friedensforschung die Fessel einer bloss kapitalismuskritischen, begrenzten West- und Südforschung ablegen und zu einem wirklich globalen und humanen Forschungsansatz finden, der Gewalt in beiderlei Gestalt, das heisst in kapitalistischer, westlich-südlicher, gleicherweise wie in kommunistischer, östlicher Gestalt in ihren lokalen, regionalen und globalen Zusammenhängen zu analysieren befähigt ist»[33].

- Friedensforschung soll Grundlagen erarbeiten und angewandte Wissenschaft sein. Dabei werden nicht nur Analysen abgefragt, sondern ebenso zukunftsorientierte Konzepte. Die Dysfunktionalität und moralische Problematik von Gewalt machen die Suche nach alternativen Möglichkeiten, Konflikte zu bearbeiten und vielleicht sogar zu lösen, zu einem legitimen akade-

31 Johan Galtung, a.a.O., *Journal of Peace Research, Vol 22, no 2, 1985.* Galtung entwickelt hier eine Theorie über dissoziative und assoziative Friedensstrategien.

32 Egbert Jahn, «Von der internationalen Friedensforschung zur nationalen Sicherheitsforschung?», in: *Perspektiven der Friedensforschung,* a.a.O., S. 85–110.

33 Ebd., S. 92.

mischen Unterfangen. Die wissenschaftlich erarbeiteten Konzepte müssen in Zusammenarbeit mit den Adressaten in verlässliche praktische Imperative zur Überwindung von gewaltsamer Machtauseinandersetzung transformiert werden.

- Es gibt keinen eingeschränkten Adressatenkreis. Politische Entscheidungsträger wie soziale Gruppen sind gleichermassen angesprochen. Der Gefahr der politischen Vereinnahmung und der damit verbundenen Kurzatmigkeit von Analysen kann nur durch eine gewisse Abgeschiedenheit vom friedens- und sicherheitspolitischen Alltag entgangen werden. Die Vermittlung der Forschungsergebnisse, die wesentlich eine Frage der Interaktion zwischen Adressaten und Produzenten ist, bedarf der speziellen Finanzierung. Die techniklastige Forschungspolitik muss zugunsten der Friedensforschung als Sozialwissenschaft korrigiert werden.
- Der Gefahr einer Regression der Friedensforschung zur nationalen Sicherheitsforschung ist mit verschiedenen Massnahmen zu begegnen. Wichtig ist die Stärkung der historischen Dimension der Friedenforschung[34], aber auch die Klärung der lebensweltlichen Relevanz und Vermittelbarkeit dieser Wissenschaftsrichtung.

III. Die Möglichkeit einer politikberatenden Friedensforschung in der Schweiz

Roy Ganz betonte in seiner Projektstudie ausdrücklich die Handlungsorientierung der Friedensforschung und fragte rhetorisch: «Was nützt die glänzendste wissenschaftliche Forschungstätigkeit, wenn deren Ergebnisse nicht zur Anwendung kommen? Was wären die Forschungsresultate unserer medizinischen und biologischen Institute, wenn die Ärzte davon keine Notiz nähmen?»[35]

Ganz konnte nicht ahnen, dass eine öffentlich geförderte Friedensforschung auch im Jahre 1989 noch Zukunftsmusik ist. Die fehlende Institutionalisierung macht es schwierig, über das Verhältnis von Politikberatung und Friedensforschung in der Schweiz verlässliche Aussagen zu machen. Es geht hier deshalb vor allem um künftige Möglichkeiten, Wünsche und Hoffnungen. Ob den Klagen über die mangelnde Ausstattung der Friedensforschung soll keineswegs ignoriert werden, dass sich in den Schnittfeldern von Konflikt-, Sicherheits- und Strategieforschung eine Reihe von Projekten mit der Friedensthematik befasst hat, ohne dies im einzelnen explizit gemacht zu haben. Überhaupt beschäftigen sich wahrscheinlich eine grosse Anzahl von Forscherinnen und Forschern sowohl im sozial- als auch im naturwissenschaftlichen Bereich mit Themen, die einen starken Friedensbezug aufweisen.

34 Wolfram Wette, *Geschichte und Frieden.* Aufgaben historischer Friedensforschung, Bonn: AFB-Texte 1987, S. 12.

35 Roy Ganz, *Projektstudie,* Bern 1971, S. 9.

Für die wissenschaftliche Politikberatung sind die friedensrelevanten Aspekte jedoch explizit zu benennen und in ein operationables Konzept einzufügen, das die Zielkategorie Frieden in den Mittelpunkt rückt. Aus diesem Grunde ist eine begriffliche Abgrenzung notwendig.

1. Friedensforschung in ihrem Verhältnis zu Nachbardisziplinen

a) Friedens- und Konfliktforschung

Die Konflikt- bzw. Konfliktursachenforschung beschäftigt sich komplementär zur Friedensforschung mit der nüchternen wissenschaftlichen Untersuchung von Konflikten[36]. Es geht im engeren Sinne um die Analyse von Konfliktbedingungen und -ursachen, etwa durch die Erforschung von Vorkriegssituationen. Problematisch wird das Verhältnis von Konflikt- und Friedensforschung dort, wo von seiten der Konfliktforschung den Wissenschaften ein Werturteilsverbot auferlegt und die Friedensforschung auf dieser Folie als «verführerische Leerformel» abgetan wird.

Aus der Sicht der Friedensforschung geraten der Nachbarwissenschaft aufgrund ihrer analytischen Selbstbeschränkung wesentliche Problembereiche aus dem Blick, die heute existenzbedrohenden Charakter haben, aber (noch) nicht Gegenstand eines Konflikts sind. Die Janusköpfigkeit des Zivilisationsprozesses, die sich in der gleichzeitigen Entwicklung von Produktiv- und Destruktivkräften äussert, konfrontiert die Menschheit erstmals mit dem Problem ihrer Überlebenssicherung als Gattung. Traditionelle Konfliktbegriffe verlieren eher an Gewicht, während neue im Entstehen begriffen sind (siehe unten). Auf diese Problemstellung hat die Friedensforschung im Grunde seit dem Manifest von Einstein/Russell 1946, den Pugwash-Konferenzen bis hin zu den Appellen von Naturwissenschaftlern und Ärzten und den jüngsten Studien der UNO und WHO aufmerksam gemacht.

Friedensforschung ist damit keine Katastrophen- oder Endzeitwissenschaft, die die Apokalypse predigt, sondern eine neue Form einer «Krisenwissenschaft», die Wege aus der Krise und der Gefahr aufzeigt[37]. Vor diesem Hintergrund werden die Antizipation von möglichen bzw. wahrscheinlichen Konflikten und die Lösungswege für abnehmende Gewalt (z. B. mittels internationaler Regime[38]), zunehmende soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit in der wissenschaftlichen Politikberatung relevant.

36 Kurt R. Spillmann, «Konfliktforschung und Friedenssicherung», *Beiträge zur Konfliktforschung H. 4 1987*, S. 5–19.

37 Erhard Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Hamburg 1981.

38 Vgl. die in Anm. 23 genannte Literatur.

b) Friedens- und Sicherheitsforschung

Die politisch-ideologische Gegenüberstellung, wer für Sicherheit sei, sei gegen den Frieden und umgekehrt, hat sich in den achtziger Jahren weitgehend entschärft. Abschreckungs- und rüstungskritische Theoreme sind Teil konservativ-liberalen Gedankenguts geworden. Der Sicherheitsbegriff hat eine Ausweitung erfahren und findet über Konzepte wie «Gemeinsame Sicherheit» oder «Kollektive Sicherheit» auch Anklang in der Friedensforschung[39]. Die Trennschärfe wird dadurch gemildert. Sicherheit erhält ein friedensutopisches Element, etwa wenn der Begriff im Rahmen von Gemeinsamer Sicherheit nicht nur auf die eigene Gesellschaft, sondern intersystemar angewandt wird. Eine Gesellschaft soll nicht mehr nur vom eigenen Staat Sicherheit erwarten dürfen, sondern auch Vertrauen in das Verhalten von anderen Staaten und Systemen entwickeln dürfen.

Die Friedensforschung nimmt andererseits den Sicherheitsbegriff zur Voraussetzung von «Friedensverträglichkeitsanalysen», die die Gewissheit von sozialer Existenzerhaltung und individueller Existenzentfaltung zum Ziel haben.

Die Kontroverse bleibt dort bestehen, wo Sicherheit zur Kategorie der Erhaltung des status quo reduziert wird und wo Frieden als letztgültiger Menschheitszweck jedes Mittel zu dessen Erlangung rechtfertigt[40].

Sicherheit und Frieden sind demgegenüber als Werte der Veränderung und Emanzipation zu verstehen, wobei Sicherheit mehr auf die Schutzfunktion (Unversehrtheit) bezogen ist, während mit Frieden die Gewaltverminderung (Existenzentfaltung) ins Zentrum rückt.

c) Friedens- und Strategieforschung

Was die Handlungsorientierung, den Wertbezug und die Methodik anbelangt, sind Friedens- und Strategieforschung nahe verwandt. Beide setzen sich strategisch mit der ungewissen Zukunft auseinander und fragen danach, was sein könnte (Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit) und was sein sollte (normative Setzung). Zur Erforschung der Zukunft kommen Methoden wie Prognose, Modelle und Szenarien einzeln oder kumulativ zur Anwendung. Die Strategieforschung versteht sich in erster Linie komplementär zur Sicherheitsforschung, indem sie ausgehend von der Analyse der realen Entwicklungskräfte eher kommentierend denn Alternativen aufzeigend auf ein zukünftiges strategisches Umfeld schliesst. Die Friedensforschung ist eher der Konfliktforschung verbunden, indem sie bei einer kritischen Analyse der «organisierten Friedlosigkeit» ansetzt und das stra-

39 Vgl. Egon Bahr, Dieter S. Lutz (Hg.), *Gemeinsame Sicherheit.* Bd I: Idee und Konzept. Baden-Baden 1986 (Militär, Rüstung, Sicherheit MRS Bd 40). Bd 2: Dimensionen und Disziplinen, Baden-Baden 1987 (MRS Bd 41). Bd. 3: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, Baden-Baden 1988 (MRS Bd 42).

40 Ekkehart Krippendorff (Hg.), *Friedensforschung,* Köln, Berlin 1970, S. 23 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Soziologie Bd 29).

tegische Umfeld im Hinblick auf dessen Friedensverträglichkeit bewertet und gewaltvermindernde Wege vorschlägt.

2. Zukünftige Problemfelder einer politikberatenden Friedensforschung in der Schweiz

Wenn die Schweiz besonders prädestiniert für Friedens- und Konfliktforschung ist, wie der Wissenschaftsrat 1985 formulierte, dann aufgrund eines positiven Verständnisses ihrer Neutralität, die es ihr in einer stabilen und privilegierten Lage erlaubt, globale Herausforderungen anzugehen. Dazu gehören Themen wie:

- Gewaltverhältnisse in den Nord-Süd-Beziehungen, v. a. unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit auf den Ebenen von Güterverteilung, institutioneller Teilhabe und demokratischen Verfahren;
- Verletzlichkeit komplexer Gesellschaften auf der sozialen, infrastrukturellen und institutionellen Ebene;
- Gewalt in hochindustrialisierten Gesellschaften. Dazu gehören so unterschiedliche Bereiche wie «Gewalt aufgrund sozialer Deprivation» oder «Gewalt und organisiertes (Wirtschafts-)Verbrechen» usw.;
- globale ökologische Bedrohung und zwischenstaatliches bzw. zwischengesellschaftliches Konfliktverhalten;
- Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen und Europäische Friedensordnung.

Die Friedensforschung verbindet in Arbeiten zu den genannten Themenfeldern immer drei Seiten:

a) sie fragt analytisch-kritisch nach krisenhaften und/oder lebensbedrohenden gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungen;

b) sie ist zukunftsorientiert und entwickelt Fähigkeiten zu Prognosen, Modellen und Szenarien;

c) sie verbindet empirisches Material mit normativen Kriterien und ethischen Anstrengungen.

3. Adressaten und Anwendungsmöglichkeiten

Friedensforschung kennt wie erwähnt von ihrem Selbstverständnis her keinen bestimmten Adressaten. Wer jedoch die Ergebnisse dieser Wissenschaftsrichtung, die grundsätzlich einen offenen Diskurs anstrebt, speziell für die Politikberatung fruchtbar machen will, muss zwei Adressatenkreise auseinanderhalten: das Parlament und die Verwaltung.

Über letztere und ihre Kapazitäten zur Mobilisierung wissenschaftlicher Politikberatung wurde bereits im ersten Kapitel gesprochen. Der Friedensforschung muss es künftig gelingen, ihre spezifische Expertise an die Verwaltung heranzutragen, wobei ihre Unabhängigkeit, trotz einer möglichst kontinuierlichen und institutionalisierten Zusammenarbeit mit Verwaltungsstellen (z. B. mit dem Ausschuss Forschung und Studien der AGDIF) gewährleistet sein muss.

Die Friedensforschung muss vor allem beim Parlament, das selbst keine Beratungskapazitäten abrufen kann, die gegenseitigen Bedürfnisse abklären und ihre strategische Aufklärungsfunktion wahrnehmen[41]. Dies wird allein aus demokratischen Gründen immer wichtiger, hat doch seit dem Zweiten Weltkrieg das politische Gewicht der Exekutive in Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik (in allen OECD-Staaten) zulasten des Parlamentes wieder zugenommen. Durch international wirksame Strukturverschiebungen wurden den Parlamenten viele Fragen, die traditionell auf innenpolitischem Terrain entschieden worden sind, entzogen. Sie wurden auf der internationalen Ebene angesiedelt, wo die Neigung besteht, unter Hinweis auf die dort gültigen «Sonderregeln» die demokratischen Partizipationsrechte einzuschränken[42].

Neue Bedürfnisse sind hier entstanden, wobei zwischen der Bedürfnisformulierung der Adressaten und der Friedensforschung ein dialektisches Verhältnis besteht. Die Parlamentarier/innen können selbst nicht Bedarf einklagen, den sie nicht kennen, weil z. B. eine Fragestellung erst nach einem vorangegangenen Forschungsprojekt überhaupt als relevant angesehen würde. Umgekehrt gerät die Friedensforschung nicht so leicht in den berühmten Elfenbeinturm, wenn dringender Abklärungsbedarf von seiten des Parlamentes an sie herangetragen wird.

Die Institutionalisierung einer Kooperation zwischen Parlament und Friedensforschung könnte in einer «parlamentarischen Gruppe zu friedensrelevanten Gebieten» ihren Ausgangspunkt nehmen. Auf dieser relativ unverbindlichen Ebene könnten erste Erfahrungen gesammelt werden, die als wertvolle Grundlage für weitere Massnahmen dienen könnten.

Im Mittelpunkt der Beratungstätigkeit könnte die «Friedensverträglichkeitsanalyse» stehen. Diese Analyseform würde sich mit dem in Abschnitt 2 genannten Themenkatalogen befassen und insbesondere auch die friedensrelevanten Aspekte der Technologiefolgenabschätzung und Sozial- bzw. Politikverträglichkeitsprüfungen berücksichtigen[43].

Damit soll keineswegs suggeriert werden, «Frieden» sei technokratisch planbar. Frieden und Sicherheit sind jedoch zu Werten geworden, die höchste gesellschaftliche Priorität geniessen, die ohne einen Paradigmenwechsel im sicher-

41 Dieter Freiburghaus, *Wie wird Froschung politisch relevant?* Bern, Stuttgart 1985, S. 17ff.

42 Günther Bächler, *Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit,* Hamburg 1988, S. 55.

43 Ebd., S. 97ff. Vgl. Auch. Dieter Freiburghaus, Peter Hug, *Evaluation des Effets des Technologies en Suisse* (Technology Assessment – TA), Bern: Wissenschaftsrat 1987 (FER-Dok. 87–1) und das vom Nationalrat am 9. 10. 1987 überwiesene Postulat Braunschweig *Technologiefolgen-Abschätzung.*

heits- und friedenspolitischen Denken hin zur Folgeorientierung nicht erklärbar sind. Die Friedensverträglichkeitsanalyse könnte vor diesem Hintergrund die Aufgabe erfüllen, den Kenntnisstand des Parlaments über friedensverträgliche bzw. -abträgliche Entwicklungen zu erhöhen und gleichzeitig Kriterien zur Politikformulierung an die Hand zu geben, die die Sicherheitsproblematik, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, die Umweltbedingungen, die lebensweltlichen Bezüge sowie die Verteilungsgerechtigkeit mitreflektieren. Kurz- und mittelfristig können folgende zukünftige zentralen friedensrelevanten Problembereiche zum Gegenstand einer politikberatenden Friedensforschung werden:

- Wenn von der Friedensforschung die Vermutung ausgesprochen wird, dass es eine direkte Korrelation zwischen dem hohen Grad an Interdependenz zwischen Gesellschaft und der Dysfunktionalität von Gewalt zur Durchsetzung staatlicher Interessen gibt, so ist der Blick in Friedensszenarien auf die Schaffung von weiteren zwischengesellschaftlichen Verflechtungsebenen und möglicherweise Institutionen zu richten, die Gewalt weiter abmildern bzw. eliminieren. In diesen Bereich würde ebenfalls das Szenario einer «Schweizerischen Sicherheitspolitik in einem entnuklearisierten Europa» gehören. Dabei ginge es in erster Linie um die wissenschaftliche Erörterung der Frage, ob die Entnuklearisierung eine Rückkehr zur konventionellen Kriegsführungsfähigkeit in Europa bedeuten würde oder ob dieser Abbau struktureller Gewaltverhältnisse stabilisierende Wirkung hat.

- Als eines der grössten Probleme der Zukunft dürften sich sowohl auf globaler Ebene als auch besonders im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen die sicherheits- und friedenspolitischen Auswirkungen von ökologischen und grosstechnischen Katastrophen herausstellen. Aufgrund von Umweltschäden sind bereits zahlreiche Krisen und Konflikte entstanden, die potentiell in militärische Gewaltanwendung übergehen könnten. So warnte z. B. der ägyptische Aussenminister Butros Ghali die übrigen Nilanrainerstaaten 1985 unmissverständlich: «Der nächste Krieg in der Region wird über das Wasser des Nils geführt werden und nicht über die Politik.» Die Wasserressourcen von Euphrat und Tigris führten wiederholt zu Spannungen zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak. Die Länder Chile, Argentinien, Australien und Südafrika sind am unmittelbarsten vom Ozonloch in der Antarktis betroffen. Die jährlich wiederkehrenden Überschwemmungen in Bangladesh aufgrund von Rodungen im Himalaya lösten Friktionen zwischen Bangla Desh, Indien, Nepal und China aus. Die Rheinverschmutzung führte zu ernsthaften Verstimmungen zwischen den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Zwischen den USA und Mexiko und den USA und Kanada gibt es andauernde politische Kontroversen, die durch Umweltvergiftungen ausgelöst werden. Die Brandrodungen im Amazonas führten bereits zu interkontinentalen Anschuldigungen usw.[44]. Die beschriebenen Probleme

44 Vgl. Mario Pianta, Michael Renner, «The State System and the Consequences for Environmental Degradation», in: *IPRA newsletter,* Vol XXVII No 1, January 1989, S. 8–17.

nehmen solche Ausmasse an, dass ihnen mit neuen demokratischen Mitteln auf internationaler Ebene begegnet werden muss, die dem «Prinzip Verantwortung» in der Politik einen grossen Stellenwert zukommen lassen[45].

Ein Dialog zwischen Friedensethik und politischem Pragmatismus kann dazu führen, den Wertbezug der Friedensforschung zu objektivieren. Wer an konkreten zukunftsbezogenen Konzepten arbeitet, muss ethische Normen für gewaltfreie inner- und zwischengesellschaftliche Beziehungen erarbeiten und eine Politik der Annäherung an diese Werte befördern, ohne aus den Augen zu verlieren, dass er es dabei mit langwierigen historischen Prozessen zu tun hat.

45 Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung,* Frankfurt 1979.